



Haushalts- und Finanzausschuss

7. Sitzung (nichtöffentlich)

2. November 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.40 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1	Neuregelung des Länderfinanzausgleichs	1
	Vorlage 13/175	
	Bericht des Finanzministeriums	
	- Bericht von Minister Peer Steinbrück (FM)	1
	- Aussprache	5

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

7

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

Vorlagen 13/71 bis 13/81, 13/84 und 13/85 (Ergebnisvermerke der Berichterstatte-
gespräche)

Vorlagen 13/131, 13/132, 13/134 bis 13/144, 13/146 bis 13/152 (Berichte der Fach-
ausschüsse)

Vorlagen 13/168, 13/176, 13/178, 13/180, 13/191, 13/197, 13/200, 13/202, 13/203,
13/205

Vorlagen 13/216, 13/217 und 13/218 (Anträge der Fraktionen)

Vorlage 13/133 (Übersicht über die vorliegenden Beratungsmaterialien)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/330 - mit den beigehefteten Berichten der Fachausschüsse enthält sämtliche zur zweiten Lesung gefassten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses, den Wortlaut der gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung, die Abstimmungsergebnisse sowie teilweise die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll werden nur Diskussionen wiedergegeben, die über die Darlegung in der genannten Drucksache hinausgehen.)

- Aussprache zu: Antrag aller Fraktionen Nr. 01 betref-
fend Kap. 01 010 Tit. 684 10

8

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Gesetzentwurf Drucksache 13/150** unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und der heute beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. zur zweiten Lesung **angenommen.**

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

- 3** **Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;** 9
hier: 30. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFGE)
Vorlage 13/9

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag einstimmig, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Helmut Stahl (CDU)

- 4** **Veräußerung von landwirtschaftlichen Betrieben des Sondervermögens
Bergischer Schulfonds** -
Vorlage 13/94

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, in die Veräußerung der Liegenschaften **einzuwilligen.**

Berichterstatter: Günter Garbrecht (SPD)

- 5** **Einrichtung einer Leerstelle gemäß § 7 Abs. 4 HG 2000 im Einzelplan 03** -
Vorlagen 13/65 und 13/183

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Personal" **stimmt** der Ausschuss ohne Diskussion der Einrichtung der Leerstelle einstimmig **zu.**

- 6** **Einrichtung einer Leerstelle gemäß § 7 Abs. 4 HG 2000 im Einzelplan 03** -
Vorlagen 13/111 und 13/182

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Personal"
stimmt der Ausschuss ebenfalls ohne Diskussion einstimmig
der Einrichtung der Leerstelle **zu**.

- 7** **Verschiedenes** 11
hier: Presseberichterstattung über Interview des Finanzministers

Minister Peer Steinbrück (FM) räumt ein, dass Verabredungen gerne zulasten von abwesenden Dritten getroffen würden. Bei Ländergesprächen sei das der Bund. Eine Verabredung wie "Mit einer marginalen Besserstellung Nordrhein-Westfalens wären wir einverstanden, wenn der Bund uns mehr Umsatzsteueranteile zugesteht" sei sehr fiktiv. Er halte nichts von Vorschlägen, die von einer Verbesserung der Einnahmehasis ausgingen, wenn nicht klar sei, wer dafür Sorge trage. Der Bundesfinanzminister habe z. B. eindeutig die Haltung, dass die Auffassung der Länder, der Bund möge bei seinen heutigen Verpflichtungen bleiben, sich nicht auf die Basis 1999, sondern nur auf die Basis 2004 beziehen könne, wenn die Bundesergänzungszuweisungen, wie jetzt bereits vorgesehen, deutlich zurückgegangen seien. Insofern glaube er nicht, dass es zu einer Verbesserung der Verteilungsmasse komme.

Vorsitzender Volkmar Klein geht davon aus, dass sich der Ausschuss wieder mit dem Thema beschäftigen werde, wenn es neue Zwischenstände gebe.

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

Vorlagen 13/71 bis 13/81, 13/84 und 13/85 (Ergebnisvermerke der Berichterstattungs-
gespräche)

Vorlagen 13/131, 13/132, 13/134 bis 13/144, 13/146 bis 13/152 (Berichte der Fach-
ausschüsse)

Vorlagen 13/168, 13/176, 13/178, 13/180, 13/191, 13/197, 13/200, 13/202, 13/203,
13/205

Vorlagen 13/216, 13/217 und 13/218 (Anträge der Fraktionen)

Vorlage 13/133 (Übersicht über die vorliegenden Beratungsmaterialien)

Schlussberatung und Abstimmung zur zweiten Lesung

(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/330 - mit den beigehefteten Berichten der Fachausschüsse enthält sämtliche zur zweiten Lesung gefassten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses, den Wortlaut der gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung, die Abstim-

mungsergebnisse sowie teilweise die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll werden nur Diskussionen wiedergegeben, die über die Darlegung in der genannten Drucksache hinausgehen.)

**Zu: Antrag aller Fraktionen Nr. 01
betreffend Kap. 01 010 Tit. 684 10 - Zuschüsse an die Fraktionen nach § 30 AbgG NW
(vgl. Anhang 3 zur Drucksache 13/330)**

Helmut Diegel (CDU) zeigt sich verwundert darüber, dass der Antrag in der vorliegenden Form zur Abstimmung gestellt werde, weil vorhin interfraktionell vereinbart worden sei, auf die Änderung der Erläuterungen zu verzichten. Wenn das nicht geschehe, könne die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Ernst-Martin Walsken (SPD) bemerkt, eine interfraktionelle Einigung habe es nicht gegeben. Er neige dazu, es bei der vorgelegten Antragsformulierung zu belassen, weil das eine sachgerechte Lösung sei.

Was die Aufteilung der Zuschüsse an die Fraktionen angehe, hat die CDU-Fraktion nach den Worten von **Helmut Diegel (CDU)** kein Interesse daran, den Status quo zu verändern. Wenn es Gründe gebe, den seit langem geltenden Verteilungsschlüssel zu ändern, könne das nicht aus einem singulären Interesse heraus, sondern nur grundsätzlich erfolgen. Im Übrigen erinnere er an die grundsätzliche Absprache, Veränderungen nur einvernehmlich oder gar nicht zu beschließen.

Edith Müller (GRÜNE) hält prinzipiell den bislang geltenden Schlüssel für richtig. Hier gehe es jedoch um die Aufrüstung von EDV-Geräten, und deshalb fände sie es sinnvoll, sich in diesem Fall an der Zahl der Geräte zu orientieren.

Seine Fraktion wolle an dem geltenden Schlüssel festhalten, bemerkt **Dr. Ingo Wolf (F.D.P.)**.

Daraufhin bittet **Ernst-Martin Walsken (SPD)**, diesen Antrag zurückzustellen, um intern eine Klärung herbeizuführen.

Nach Beratung und Abstimmung über die anderen Anträge ruft **Vorsitzender Volkmar Klein** Antrag noch einmal auf.

Ernst-Martin Walsken (SPD) erklärt, entsprechend der offenbar einstimmigen Empfehlung der Parlamentarischen Geschäftsführer solle dem Anliegen der Opposition Rechnung getragen und auf die vorgesehene Änderung der Erläuterungen verzichtet werden.

Edith Müller (GRÜNE) bedauert, dass es im Vorfeld Unklarheiten gegeben habe, und dankt für die Möglichkeit, im Verlaufe der Sitzung eine Verständigung herbeizuführen. Mit dem erzielten Ergebnis, auf den zweiten Satz der Änderungen der Erläuterungen zu verzichten, werde der im Hause gebotenen Fairness Rechnung getragen. Der erste Satz - "Erhöhung der Beträge zu Nr. 2" solle bestehen bleiben, um die Zuordnung zu Nr. 2 zu gewährleisten.

**3 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;
 hier: 30. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFg)**

Vorlage 13/9

Vorsitzender Volkmar Klein erläutert, der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung habe diese Vorlage bereits einvernehmlich zur Kenntnis genommen. Der HFA habe heute abschließend darüber zu beraten.

Michael Breuer (CDU) wüsste gern, inwieweit sich durch das neue Liegenschaftsmanagement Nachbesserungsbedarf ergebe.

StS Dr. Noack (FM) bittet zunächst um Verständnis, dass die Landesregierung vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Landtag bereits die Vorlage gefertigt und die Anmeldung vorgenommen habe. Die Anmeldung habe bis zum 1. März 2000 erfolgen müssen. Der Bedarf habe sich bis heute nicht verändert, und er werde sich auch durch die Einrichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes nicht ändern. Denn das, was anzumelden sein, seien die Bedürfnisse im Bereich der Universitätskliniken und der Hochschulen, die sich aus der Bevölkerungsentwicklung und der politischen Planung zur Befriedigung des Wissenschaftsbedarfs auf der Grundlage der erforderlichen Investitionen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Ausbildung ergäben.

Demgegenüber werde sich der Bau- und Liegenschaftsbetrieb mit der Verwaltung und dem Management der Liegenschaften befassen. In den Stellungnahmen der Hochschulen zur Anhörung sei nach seiner Erinnerung nicht vorgetragen worden, dass sich die Bedürfnisse nach Investitionen in Einrichtungen durch die Änderungen bei der Organisation und der technischen Abwicklung veränderten.